

Pressemitteilung

31.03.2026

Digitale Gewalt ist Alltag – nicht erst seit prominenten Fällen

Dortmund, 31.03.2026. Der aktuelle Fall um Collien Fernández lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf digitale Gewalt. Diese Aufmerksamkeit ist wichtig – sie kommt jedoch spät und greift zu kurz. Digitale Gewalt ist kein Einzelfall und kein neues Phänomen. Sie gehört für viele Menschen, insbesondere für Frauen, queere Personen und marginalisierte Gruppen, zum Alltag.

Fachverbände und Beratungsstellen wie der Sozialdienst katholischer Frauen und Frauenhauskoordinierung weisen seit Jahren auf die zunehmende Verbreitung und die gravierenden Folgen digitaler Gewalt hin. Dennoch bleibt das Problem strukturell unterbeleuchtet – bis es durch prominente Betroffene mediale Aufmerksamkeit erfährt.

Die derzeit geführte Debatte droht jedoch in die falsche Richtung zu gehen. Schnell erhobene Forderungen nach Strafverschärfungen greifen zu kurz, wenn sie nicht eingebettet sind in eine differenzierte Betrachtung der bestehenden Herausforderungen. Dazu zählen unter anderem Strafbarkeitslücken, unzureichende Verpflichtungen von Plattformbetreibern sowie Defizite in der Rechtsdurchsetzung. Besonders besorgniserregend ist die Lage der Beratungsinfrastruktur: Es gibt weiterhin zu wenige spezialisierte Anlaufstellen für Betroffene digitaler Gewalt. Gleichzeitig fehlt es an ausreichend geschultem Personal in Polizei und Justiz, um diese Gewaltformen angemessen einzuordnen und ernst zu nehmen. Dies trägt maßgeblich zum niedrigen Anzeigeverhalten bei.

Doch statt einer Stärkung der Unterstützungsangebote und des Hilfesystems erleben wir derzeit das Gegenteil. Vor dem Hintergrund des Gewalthilfegesetzes kommt es zu erheblichen Finanzierungslücken statt eines Ausbaus. Die zuletzt angekündigten Kürzungen für zivilgesellschaftliche Organisationen sind ebenfalls ein deutlicher Rückschritt im Kampf gegen digitale Gewalt. Wer diese Gewalt ernsthaft bekämpfen will, darf die Strukturen, die Betroffene unterstützen, nicht schwächen. In diesem Zusammenhang weisen wir auch entschieden pauschalisierende Deutungen zurück, wonach Gewalt in Deutschland primär im Kontext von Zuwanderung zunehme. (Digitale) Gewalt ist kein importiertes Phänomen, sondern tief in gesellschaftlichen Machtverhältnissen und digitalen Kommunikationsstrukturen verankert. Solche verkürzten Zuschreibungen lenken vom eigentlichen Problem ab, stigmatisieren Bevölkerungsgruppen und erschweren eine sachliche, lösungsorientierte Debatte.

Yvonne Fritz, Vorständin des SkF-Gesamtvereins betont daher: „Der aktuelle Anlass sollte nicht zu kurzfristigen politischen Reaktionen führen, sondern zu nachhaltigem Handeln: Es braucht eine konsequente Stärkung der Beratungsangebote, den Ausbau von Fachkompetenz in allen relevanten Institutionen sowie eine durchdachte, evidenzbasierte Gesetzgebung“.

ENGAGIERT MIT HALTUNG

Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V.



Der Kampf gegen Digitale Gewalt erfordert Expertise – nicht bloß Empörung. Und sie verdient Aufmerksamkeit – auch ohne prominente Fälle.

Der SkF unterstützt mit über 7.500 Mitgliedern und 10.000 Ehrenamtlichen sowie 10.000 beruflichen Mitarbeiter:innen in bundesweit rund 120 Ortsvereinen Frauen, Kinder, Jugendliche und Familien, die in ihrer aktuellen Lebenssituation auf Beratung oder Hilfe angewiesen sind.

Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V.

Öffentlichkeitsarbeit

Agnes-Neuhaus-Str. 5, 44135 Dortmund

Tel. 0231 557026-27 bzw. -37, Fax 0231 557026-60, E-Mail: presse@skf-zentrale.de